Nr. 113a. 37. Jahrgang. **Parlaments-Ausgabe** Berlin, 3. März 1908

Berliner Tageblatt

Haus der Abgeordneten.

42. Sitzung vom 2. März.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Etat des Ministeriums des Innern.

Beim Kapitel „Allgemeine Ausgaben im Interesse der Polizei" ist der Zuschuß an die Kommunalverbände zur Ausführung des Fürsorgeerziehungsgesetzes um 1 Million auf 5,700,000 M. erhöht. Nach dem

Abg. Dr. **Fahsbender** (Ztr.),

der die geringen Erfolge der Fürsorgeerziehung bespricht und für die Unterbringung der Zöglinge in Familien, wenn irgend möglich auf dem Lande, eintritt, erklärt

Abg. **Heckenroth** (kons.):

Mit der Fürsorgeerziehung muß möglichst frühzeitig eingesetzt werden. Die Familienerziehung verdient entschieden den Vorzug vor der schablonenmäßigen Anstaltserziehung. Das Fürsorgeerzieheramt muß als ein Ehrenamt betrachtet werden. (Beifall.)

Abg. **Dr. Hackenberg** (natl.)

tritt für gemeinsame Erziehung beider Geschlechter in den Fürsorgeerziehungsanstalten ein.

Abg. **Henning**-Kalau (kons.)

empfiehlt möglichst frühe Unterbringung der Zöglinge, wo Gefahr vorliegt. Bei erblicher Belastung der Kinder sollte möglichst die Anstaltserziehung eintreten.

Geheimrat **Schlosser**:

Es ist richtig, daß die Familienerziehung zugunsten der Anstaltserziehung zurückgegangen ist. In Fällen, wo große Verwahrlosung vorliegt, ist die Familienerziehung nicht zu empfehlen. Wir geben sonst der Familienerziehung unbedingt den Vorzug, was ja auch dem Sinn des Gesetzes entspricht. Gegen den gemeinsamen Unterricht der Geschlechter haben wir im allgemeinen nichts einzuwenden. Auf Anregung des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen ist eine Unterbringung auf einem Schiff erfolgt, das gewissermaßen eine schwimmende Erziehungsanstalt darstellt. Es steht unter der Leitung eines Kapitäns und ist mit allen Lehrkräften ausgestattet, so daß für die Zöglinge in jeder Hinsicht gesorgt ist.

Abg. **Dietrich** (Ztr.)

ist im allgemeinen für getrennte Erziehung der Geschlechter. Nur in Fällen, wo sich eine Trennung nicht durchführen läßt, soll man die gemeinsame Erziehung zulassen.

Abg. **Hackenberg** (natl.)

betont nochmals, daß er für gemeinsame Erziehung ist.

Beim Kapitel „Strafanstaltsverwaltung" weist

Abg. **Tourneau** (Ztr.)

auf die wachsende Zahl der Vorstrafen bei den Sträflingen hin. Wenn das so weitergeht, dann stehen wir bald vor dem Bankrott unseres Strafwesens. Zu besseren Zuständen werden wir erst dann gelangen, wenn die Religion mehr als bisher den Schulunterricht durchdringt. Gegen die Zuchthaus- und Gefängnisträflinge muß mit größerer Strenge vorgegangen werden. Die Zuchthäuser und Gefängnisse müssen einer Verwaltung unterstellt werden.

Geheimrat **Krohne**:

Wir halten eine strenge Behandlung der Sträflinge in den Zuchthäusern für notwendig; es wird auf unausgesetzte, anstrengende, intensive Arbeit von der Gefängnisverwaltung großes Gewicht gelegt. Wenn man weiß, was tatsächlich verlangt wird, wird man nicht sagen, wir verlangen zu wenig. Natürlich können wir den Leuten nicht so schwere Arbeiten geben, daß sie gewissermaßen am Abend erschöpft hinsinken. Die Hauptsache ist, daß die Leute intensiv arbeiten. Wenn zum Beispiel einer 1½ Militärhosen fertigstellen soll, dann kann er nicht müßig sitzen, wenn er sein Pensum fertigkriegen will. Wir legen auch einen ganz besonderen Wert darauf, daß der Geistliche jederzeit zugelassen wird, und verlangen, daß jeder Gefangene monatlich mindestens zweimal den Besuch des Geistlichen erhält.

Gegenüber den Anzweiflungen der Disziplin frage ich: Ist denn eine übermäßig große Zahl von Disziplinarstrafen ein Zeichen für eine besonders günstige Disziplin? Wenn der Mann nichts begeht, so können wir ihn auch nicht bestrafen. (Sehr richtig!) Zu Kulturarbeiten können wir nicht viel mehr Arbeiter heranziehen als bisher. Wenn Sie diejenigen zusammenrechnen, welche für den Staat, die Heeresverwaltung und die eigenen Bedürfnisse der Anstalten beschäftigt werden, werden Sie das bestätigt finden. Den Grundsatz, daß wir den Gefangenen unter die Rechtsordnung beugen sollen, erkennen wir als selbstverständlich an. Aber gerade deshalb wird die Gefängnisverwaltung nicht wagen, jemanden gewissermaßen in die halbe Freiheit hinauszulassen, der nicht durchaus als sicher zu betrachten ist. Eingaben an das Gericht, die Aufsichtsbehörde und Staatsanwaltschaft werden nicht zurückgehalten. Der Gefangene kann sich, wenn er sich bei der Entscheidung der Aufsichtsbehörde nicht begnügt, bei der obersten Aufsichtsbehörde beschweren. Daß uns das sehr unbequem ist, wissen namentlich die Herren, die mit der Justiz zu tun haben. Wieviel törichte Eingaben laufen nicht sowohl bei der Justiz als auch bei der Verwaltung ein!

Daß die Zahl der Rückfälligen bei den zu Zuchthaus Verurteilten so überaus groß ist, liegt eben daran, daß kein Richter jemanden zu Zuchthaus verurteilen wird, von dem er nicht überzeugt ist, an dem ist nichts mehr zu bessern. Es gibt eben ein Residium von verlorenen Existenzen, mit deren dauernder Unterbringung gerechnet werden muß. Die werden auf lange Jahre hinaus dingfest gemacht. Nur der ersten Beurteilung scheut man sich, aber nachher muß fest zugepackt werden. Ich möchte Sie da auf unerkannte Verhältnisse hinweisen. Dort hat ein einfacher Richter das Recht, einen einfachen Diebstahl mit einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren zu belegen, wenn der Fall so liegt, daß eine Gefahr zu besorgen ist. Unter 238,000 Gefängnisstrafen allein wegen Eigentumsvergehen sind nur 5 Prozent über 6 Monate. Wenn Sie uns jemanden bloß auf 8 Tage senden, wie sollen wir den in dieser Zeit unter die Rechtsordnung beugen? Er legt vielleicht hinterher, daß es gar nicht so schlimm gewesen ist. Würden wir in besonderen Fällen die Leute gleich auf 8 Monate bekommen, dann würde der Bestrafte sich nicht nach einer Wiederkehr sehnen.

Abg. **Haarmann** (natl.):

Viele Leute gehen ins Gefängnis, um versorgt zu sein; deshalb muß dem Gefangenen auch die Meinung beigebracht werden, daß er sich im Gefängnis befindet und nicht im Gasthof. Der Dualismus im Strafvollzug muß beseitigt werden. Gegen die reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs habe ich gewisse Bedenken; ich schätze auf diesem Gebiete preußischen gesunden praktischen Menschenverstand höher ein als die Weisheit des Reichstags. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Graf Wartensleben**-Rogäsen (Ztr.)

erörtert die Frage der Unterbringung irrer Verbrecher. Hierbei müsse unterschieden werden zwischen denen, die vor Begehung der Tat irre waren, und denen, die es während der Untersuchungshaft oder erst später geworden sind.

Abg. **Marx** (Ztr.):

Die große Zahl der rückfälligen Verbrecher ist nicht zurückzuführen auf den Strafvollzug. Die Gefängnisverwaltung geht mit dem Grundsatz der individuellen Behandlung und der Besserung des Einzelnen den richtigen Weg.

Abg. **Rosenow** (fr. Vp.):

Wir können es nicht billigen, wenn Strafanstaltsdirektoren aus den Kreisen pensionierter Offiziere genommen werden. Die Bezüge der Anstaltsärzte sollten aufgebessert werden. Durch die Gefängnisarbeit darf dem Mittelstand und dem Handwerk keine erhebliche Konkurrenz gemacht werden. Die Verwaltung des Innern stellt in viel größerem Maße Anträge auf vorläufige Entlassung, als von den den Justizbehörden befolgt werden. Der Wunsch nach Vereinheitlichung des Strafvollzugs ist berechtigt, wir halten eine Unterstellung unter die Verwaltung des Innern für zweckmäßig. In Bezug auf die Behandlung der Gefangenen wünschen wir, das die Humanität und die milde Behandlung seitens des Ministeriums des Innern auch in Zukunft in Geltung bleiben, und daß die Gefängnisverwaltung stets von dem Geiste beseelt sein möge, der heute im Ministerium des Innern auf diesem Gebiete herrscht. (Beifall.)

Abg. **Strosser** (kons.):

Nur solche ehemalige Offiziere werden zu Strafanstaltsdirektoren ernannt, die körperlich und geistig frisch sind. Die Gefängnisverwaltung des Ministeriums des Innern darf mit dem Zeugnis, das ihr alle Parteien ausgestellt haben, wohl zufrieden sein. Meine politischen Freunde sind nach wie vor für Unterstellung der Strafanstalten unter die Verwaltung des Innern. (Beifall.)

Geheimrat **Krohne**:

Wegen der Bezüge der Gefängnisärzte schweben Verhandlungen mit dem Finanzminister. Wir hoffen, daß eine Aenderung eintritt, und zwar nach oben hin. (Beifall.)

Abg. Dr. **Rügenberg** (Ztr.)

ist erfreut über die entgegenkommende Erklärung des Regierungsvertreters bezüglich der Strafanstaltsärzte, deren jetziges Einkommen durchaus unzulänglich sei.

Der Rest des Etats des Ministeriums des Inneren wird ohne Debatte erledigt.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr: Ostmarkenvorlage, Etat der Seehandlung.

Schluß 5 Uhr.

Deutscher Reichstag.

113. Sitzung vom 2. März.

Schluß aus dem Abendblatt.)

Die große Gewerbenovelle.

Abg. Dr. **Burckhardt** (wirtsch. Vg.):

Ich muß die Behauptung zurückweisen, als ob die Berliner Heimarbeitausstellung ein falsches Bild ergeben habe. Es sind doch nur Stichproben gegeben worden. Die Ausstellung hat ganz heillose Zustände aufgedeckt. Sie ist auch von der Kaiserin besucht worden, und darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß die vorliegende Novelle so rasch erschienen ist. Der Redner bespricht die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie, vor allem im Ravensberger Bezirk. Die Löhne seien durchaus unzureichend und wohl die schlechtesten in ganz Deutschland. Es wäre aber unvernünftig, die Hausarbeit zu beseitigen. Es würde dadurch großer Schaden entstehen, aber der Bundesrat denkt ja auch nicht daran. Durch Tarifvereinbarungen müssen die Löhne erhöht werden, auch müssen die Heimarbeiter in die Krankenversicherung hereingezogen werden. Die Heimarbeit auf dem Lande ist vorteilhafter als die in der Stadt. Auch die Leutenot wird dadurch gekämpft, weil die Leute durch ihre kleine Nebenbeschäftigung veranlaßt werden, auf dem Lande zu bleiben. Der Gesetzentwurf ist nicht im Interesse der Unternehmer geschaffen worden, und wenn der Abg. Geyer behauptet hat, die Regierung und die bürgerlichen Parteien seien arbeiterfeindlich, so erkläre ich ihm, daß im Gegenteil die Sozialdemokratie arbeiterfeindlich ist. (Beifall rechts.) Hoffentlich wird sich in der Kommission ein gangbarer Weg zur Lösung der schwierigen Heimarbeiterfrage finden. (Beifall.)

Abg. Dr. **Naumann** (fr. Vg.):

Auch ich werde mich in meinen Ausführungen auf die Hausindustrie beschränken. Nachdem der Abg. Geyer aus seinen Lebenserfahrungen heraus ein dunkles Bild der Heimindustrie entrollt hat, hat heute Abg. Enders versucht, die Hausindustrie von ihrer hellen und lichten Seite zu zeichnen. Ich will auch nicht in Abrede stellen, daß es in der Hausindustrie helle und lichte Punkte gibt. Gerade die vorzüglichsten Einzelleistungen entstammen sehr häufig der Hausindustrie. Das gilt von der Steinschleiferei wie von der Uhren-, der Wäscheindustrie, der Hausschneiderei, der Qualitätszigarrenfabrikation usw. Wir finden, daß in dieser Hausindustrie vielfach viel Kulturateres geleistet wird als in der Fabrik. (Beifall.) Bedauerlich ist aber, daß selbst die beste Hausindustrie, wenn sie sich sogar dem Kunstgewerbe nähert, immer noch die Tendenz hat, die Löhne niedriger zu halten als in der Fabrik.

Das Typische für die Hausindustrie ist

der billige Durchschnitt der Ware

(Zustimmung) und alles das, was unterhalb des billigen Durchschnitts ist, so daß man bei ihrer Beurteilung zunächst von einer Warenbeurteilung ausgehen muß. Da war die Berliner Ausstellung der sachlich richtige Weg. Kein Mensch wird Hausindustrie aus bloßer Statistik begreifen, auch nicht aus bloßem Mitleid; man muß vor dem lebendigen Auge haben, was die Hausindustrie herstellt; der Blick auf die Ware genügt, um zu verstehen, wie das Menschenvolk beschaffen sein muß, das sein Lebenslang diese Ware herstellt. (Sehr wahr!) Gewiß hatte die Ausstellung eine Tendenz, nämlich den Blick zu schärfen für den Zusammenhang zwischen geringwertiger Ware und geringwertiger Lebenshaltung ihrer Hersteller; man kann auf die nächste Ausstellung in Frankfurt am Main nur die besten Wünsche setzen. Während die übrige Kultur allüberall steigt, auch die Kultur des Fabrikarbeiters, bleibt der Hausindustrielle in seiner Masse derselbe Mensch von Jahrzehnt zu Jahrzehnt. Die übrige Welt hat sich gewandelt, die Preise sind höher geworden; für den Durchschnitt der Hausindustrie bleibt seit Jahrzehnten derselbe Lohn; für ihn gilt tatsächlich das Lassallesche eherne Lohngesetz. Wer den Ausstellungen nicht glauben will, für den genügt der Besuch eines beliebigen Warenhauses. (Sehr wahr!) Jedes Warenhaus ist eine Hausindustrieausstellung (Sehr richtig!), denn überall dort, wo die fabelhaft billigen Preise angezeigt sind, wo Artikel als Geschenke das liebe Weihnachtsfest verschönern sollen — überall steht Hausindustrie. (Sehr richtig!) Diese billigen Preise in den Warenhäusern könnten nicht sein, wenn nicht elende Löhne im Hintergrunde wären, und ich werde in dieser Frage so lange nicht an den guten Willen der Majorität des deutschen Volkes glauben, als sie sich nicht abgewöhnen, billigen Schund zu kaufen. (Beifall.) Wer diesen billigen Schund kauft, tut zur Verbreitung dieser Hausindustrie so viel, daß wir mit unserer Gesetzesarbeit dem nicht nachkommen können (Beifall), was durch Mangel an Geschmack und sittlichem Bewußtsein beim Einkauf an Fehlern gemacht wird.

Die Hausindustriefrage ist in allererster Linie nicht eine Frage der Profitwut der Unternehmer, wie die Sozialdemokraten meinen. Die eigentlichen großen Gewinner sitzen gar nicht in der Hausindustrie, sondern die Unternehmer der Hausindustrie sind zu einem guten Teil Leute, die auch mit dem halben Pfennig rechnen müssen, um durchs Leben zu kommen. Die ganze Volkskultur hat noch so viel Züge und Tendenz auf Unsolidität, auf den Schein einer Ware, die keine Ware ist. Da sollen die Kinder in den nettesten Sonntagsblusen erscheinen, und die Blusen sollen nichts kosten! Das geht nur auf Kosten der Arbeitskräfte. (Lebhafte Zustimmung.) Und das können Sie nun Fach für Fach durchgehen. Wenn man die ganze Hausindustrie Deutschlands hier vor sich hätte, dann würde man sagen: was ist das für ein Volk von Qualitätsminderwertigkeiten (sehr richtig), daß die Menschen in ihren Häusern das alles aufstapeln wollen? Sie haben keinen Geschmack für das, was wirklich reell ist, denn das wirklich Reelle stammt aus reeller Arbeit und wird reell bezahlt. Aber hier sind wir an der Grenze, wo keine Gesetzgebung etwas machen kann.

Der Gedanke, die Heimarbeit vollständig zu verbieten, wird vielfältig vertreten und keineswegs bloß von den Sozialdemokraten. Dieses Verbot wäre ganz gut, wenn es durchführbar wäre, und mich würden in keiner Weise die Hinweise auf den sittlichen Wert des Familienlebens in der Heimarbeit abhalten. Wer wie ich aus dem Gebiete der sächsischen Heimarbeit stammt, hat darüber doch zum Teil kritische Gedanken. Aber bei einem völligen Verbot könnten zunächst diejenigen, die bloß imstande sind, in der Hausindustrie zu arbeiten, den Uebergang in die Fabrik nicht mitmachen. Grade die Elendesten würden betroffen. Ein allgemeines Verbot halte ich auch technisch für unausführbar.

In Berlin sollen

190,000 Heimarbeiterinnen

sein; diese in Fabriken überzuführen, ist sachlich schon unmöglich weil ein großes Fabriksystem auf dem teuren Pflaster der Großstadt nicht mehr möglich ist. Verbietet man die Heimarbeit, so treibt man viele von ihnen vollständig in den berufsmäßigen Schande oder vollständig der Armenpflege zu. (Sehr wahr!) Heute leben sie mit der einen Hand von der Armenpflege, mit der anderen vom hausgewerblichen Unternehmer — das letzte Stück bürgerlicher Selbstachtung. Ein allgemeines Verbot ist also unmöglich; partielle Verbote können aus gesundheitlichen und ähnlichen Gründen nötig sein.

Wenn die gesetzgebenden Faktoren daran gehen, die Hausarbeit gesetzlich zu regeln, so wäre es ein großer Fehler, zu glauben, daß man damit allein gute Zustände in der Heimarbeit schaffen könne. Das ist auf diesem Gebiete ausgeschlossen. Notstände kann man nicht mit Inspektionen und Gesetzen regulieren. (Beifall links.) Das zeigt sich am besten, wenn man die einzelnen Bestimmungen näher betrachtet. Da sind zum Beispiel die Anforderungen an den Raum. Was ist denn ein Schlafraum? Bei einer Bevölkerungsschicht, bei der mindestens die Hälfte in Einzimmerwohnungen lebt, verbietet sich der Begriff Schlafraum von selbst. Nun stellt sich die Gesetzgebung hin und erklärt, der Schlafraum müsse reserviert bleiben. Wohin sollen denn die Leute die Schlafstube nehmen, die das Gesetz vorsieht? Aehnlich ist es mit der Bestimmung über das nötige Luftquantum im Arbeitsraum. Was nützt die Bestimmung, wenn für vier Arbeiter das Luftquantum ausreicht und nun noch vier andere Lungen mitatmen von Personen, die nicht beschäftigt sind? Nun sollen die Leute gar noch bestraft werden! Sie sollen von dem unzureichenden Lohne noch dafür Strafe zahlen, daß sie sich mit einer schlechten Wohnung begnügen müssen.

Die Einschränkung der Kinderarbeit ist absolut notwendig. Hier gibt es kein Zurück! Die Einschränkung muß bis in die letzte Ecke durchgeführt werden. Die ganzen Unterschiede zwischen eigenen und fremden Kindern sind zwecklos. Sage man doch einfach, daß Kinder unter 13 Jahren in der Heimarbeit nicht beschäftigt werden dürfen. Dann wissen die Leute wenigstens, woran sie sind. Aber wer soll das kontrollieren? Die Schule? Ich möchte wissen, ob die Lehrer in den Landgemeinden das gern übernehmen möchten. (Sehr wahr!) Also die Ortsbehörde! Das ist aber sehr oft die allerinteressierteste Stelle. Der Ortsvorstand wird sich hüten, die Hausindustriellen in die anderen Gemeinden zu treiben und die Mietswohnungen in seiner eigenen Gemeinde leer zu machen. Ja, wenn die Gewerbeinspektion so viel Kräfte hätte, um ihrer heutigen Aufgabe einigermaßen zu genügen, dann könnte man darüber reden, für diese Aufgabe neue Kräfte hier anzustellen. (Sehr wahr!)

Jedes neue Stück Gewerbeordnung ist ja nichts als der Schrei nach immer neuen Funktionären. Solange nicht eine Gewerbebehörde in Deutschland möglich ist, die sich auf Selbsttätigkeit der beteiligten Kreise aufbaut, solange wird all unser Vorschriftenmaterial etwas Totes bleiben.

Der aufsichtsvollste Punkt der Novelle ist die Forderung eines Registers; aber nicht nur der Zwischenmeister, sondern aller in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiterkreise. Dadurch wurde

die verschämte Hausindustrie

der Töchter von Beamten, die sich ihr Stück Nadelgeld dazu erwerben, der unlautere Wettbewerb für die wirklichen Hausindustriellen ausgemerzt werden. Falsche Sentimentalität darf es da nicht geben. Vor allem aber, diese Liste zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt, würde die Organisation der Heimarbeiter erleichtern, und schließlich hängt alles, was wir hier planen, doch davon ab, ob die Leute selbst gewillt sind, an der Besserung ihrer Lage mitzuarbeiten. Solange sie schlaff und indolent bleiben, fatalistisch, wie die Türken, pessimistisch, ihrem Schicksal ergeben, diese Hausindustriellen, deren Sprichwort ist: „Anders wird es immer, besser wird es nie," diese Leute, die die Hände sinken lassen, weil ihr ganzes Leben nichts ist als eine monotone Kette ewiger unaussöhnlicher Arbeit, solange nützen alle Gesetze nichts. Ob Sozialdemokraten, Zentrumsmann, ob Hirsch-Dunckerianer, helfe, wer helfen kann, daß überhaupt erst Lebenswille in diese Schichten hineinkommt, daß eine Organisation geschaffen wird, damit Lohntarife ausgearbeitet werden können. Möglich sind sie auch in den komplizierteren Hausindustrien, das hat die Berliner Ausstellung gelehrt. Tarifabmachungen — wer daran mitarbeitet, verdient sich einen Lohn des Vaterlandes und erleichtert das Gewissen der Nation. Denn das ist keine Frage der Parteien, da handelt es sich nicht um Block oder Antiblock. (Sehr wahr!) In dieser Frage stehen